Pressemitteilung
zur Arbeits- und Sozialministerkonferenz
am 2. und 3.12.2026 in Wiesbaden:

Werkstatträte fordern dringend eine Reform des Lohns in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

Werkstatträte Deutschland
Mitarbeit. Mitbestimmung. Mit Behinderung.

Landes-Arbeits-Gemeinschaft der Werkstatt-Räte Hessen e.V.

Wiesbaden, Dezember 2026

Durchschnittlich 220 Euro verdienen Werkstattbeschäftigte in Vollzeit pro Monat. Werkstatträte mahnen unter dem Motto *#WirVerdienenMehr* am 3. Dezember in Wiesbaden einen besseren Werkstattlohn an.

Am 3. Dezember tagt in Wiesbaden die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK). **Werkstatträte Deutschland e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte Hessen** sowie **weitere Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte** veranstalten an diesem Tag eine Mahnwache. Sie wollen auf die schlechte Bezahlung von Werkstattbeschäftigten aufmerksam machen und die Ministerinnen und Minister der Länder zum Handeln aufrufen.

Mahnwache: 3. Dezember, 8.00–12.00 Uhr, Friedrichstraße 26 in Wiesbaden (neben dem Tagungsort der ASMK)

Der 3. Dezember ist der *Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen*. An diesem Tag soll auf die Rechte, die Lebenssituation und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung aufmerksam gemacht werden.

Werkstatträte fordern: „Ermöglicht uns endlich diese Teilhabe. Ein Werkstattlohn von rund 220 Euro ist unwürdig und bedeutet soziale Ausgrenzung.“

Seit Jahren fordern die Interessenvertretungen der Werkstatträte mit Nachdruck eine Reform des Werkstattlohns.

Der Bundesregierung ist die Notwendigkeit einer Reform seit vielen Jahren bewusst. 2023 wurde die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene „Studie zu einem transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystem für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten (...)“ mit konkreten Handlungsempfehlungen veröffentlicht.

Die Ampel-Koalition kam den Empfehlungen nicht nach. Stattdessen entwickelte sie einen konkreten Vorschlag für einen ersten Schritt zu einem besseren Werkstattlohn, der in ein „2. Gesetz zur Förderung des inklusiven Arbeitsmarktes“ münden sollte. Mit dem Ende der Koalition waren all diese Überlegungen, Planungen und Gesetzesvorhaben hinfällig.

Die aktuelle Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass sie das Werkstattentgelt verbessern will. Geschehen ist seitdem jedoch nichts.

Eine zentrale Forderung der Werkstatträte ist, dass ein angemessener Lohn aus öffentlichen Mitteln mitfinanziert werden muss. Die Werkstätten allein können einen höheren Lohn nicht bezahlen. Das ist klar eine politische Aufgabe.

Durch mehrere Klagen von Werkstattbeschäftigten auf den Mindestlohn steht die Politik nun unter Zugzwang, eine politische Lösung zu finden. Denn eine gerichtliche Entscheidung für den Mindestlohn könnte Werkstätten in finanzielle Nöte bis hin zu Werkstattschließungen bringen.

Mit dieser Mahnwache zeigen die Werkstatträte, dass sie seit vielen Jahren auf eine Reform warten. Ihre Geduld ist inzwischen am Ende.

„Die Not ist groß! Steigende Energie- und Lebensmittelkosten verschärfen das Problem zusätzlich. Lasst euren Worten endlich Taten folgen!“, appellieren die Werkstatträte an die Verantwortlichen.

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz ist Teil der Lösung: Es braucht eine Gesetzgebung, die von der Bundesregierung auf den Weg gebracht werden muss. Die Rolle der Bundesländer ist dabei aber stark, weil sie

- die Änderungen auf Landesebene umsetzen und mitfinanzieren müssen und
- über den Bundesrat ein gewichtiges Wort bei einem derartigen Reformvorhaben mitzureden haben.

Werkstatträte fordern von der Bundesregierung und von den Bundesländern eine zeitnahe Reform des Werkstattlohns.

Kontakt:

LAG WR Hessen
Florian Hummel
florian.hummel@lag-wr-hessen.de
0170 4601146

Werkstatträte Deutschland e.V.
Katrin Rosenbaum
rosenbaum@wr-deutschland.de
0151 61065134

Hier finden Sie weitere Infos:

Info-Website #WirVerdienenMehr von Werkstatträte Deutschland e.V.

Studienergebnisse zu einem neuen Entgeltsystem

Forderungen von Werkstatträte Deutschland e.V. zur Bundestagswahl

Stellungnahme Werkstatträte Deutschland e.V. zum Ende der „Ampelregierung“

Info-Website Basisgeld von Werkstatträte Deutschland e.V.

Website Werkstatträte Deutschland e.V.

Website Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte Hessen